

OBDACHLOSE

"Am A... vorbei"



Fast mit leeren Händen: ein Obdachloser im Stadtpark. (Foto: Christian Mosar)

Auch Strummerte müssen wählen, denn es besteht ja schließlich Wahlpflicht. Die PolitikerInnen interessieren sich in ihrem Wahlkampf jedoch herzlich wenig für sie.

(sk) - Cindy* ist sauer. Schon wieder hat sie ihr Feuerzeug verloren. Die Frau mit der geröteten Haut gibt die Bierflasche ihrem Sitznachbarn auf der Parkbank. Der macht gleich mehrere Flaschen hintereinander auf. Der hoch gewachsene Mann, dem etliche Zähne fehlen, verteilt die geöffneten Biere an die Umstehenden. "Was, wählen soll ich?" fragt der Lange. "Ich war doch früher Terrorist. Da darf ich nicht wählen."

"Er macht nur einen Scherz. Von wegen Terrorist", sagt Cindy. "Aber er hat Recht. Von uns Leuten, die auf der Straße leben, geht kaum einer wählen." Und das, obwohl Wahlpflicht besteht. Die meisten interessiere Politik sowieso nicht, meint die Obdachlose und fügt hinzu: "Die Politiker interessieren sich ja auch nicht für uns."

Cindy ist eine von Hunderten Strummerten in Luxemburg. Genaue Zahlen gibt es nicht. René Kneip vom sozialen Hilfswerk der Caritas spricht sogar von rund tausend Betroffenen. Dass es immer mehr geworden sind in den vergangenen Jahren, darin sind sich die SozialarbeiterInnen, die sie betreuen, jedenfalls einig. Unter den Obdachlosen befinden sich zudem immer mehr Jugendliche: Nach den Angaben der Hilfsorganisation "Stëmm vun der Strooss" sind 7,5 Prozent der Strummer-ten jünger als 20 Jahre.

"Die haben ganz andere Probleme als die Wahlen", sagt Susanne Wahl, Sozialarbeiterin bei der Stëmm. "Die Politik ist weit weg von ihrer eigenen Lebenswelt." Und die ist auf der Straße - oder in der Teestube der Stëmm in Bonneweg. Dort ist jeden Mittag Hochbetrieb. Dann gibt es eine warme Mahlzeit. Einige kommen vorbei, um sich beraten zu lassen, andere machen bei der Redaktion der alle zwei Monate erscheinenden Stëmm-Zeitung mit und arbeiten am Computer.

Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Drogen- oder Alkoholprobleme - das sind die Dinge, mit denen die Menschen bei der

Stëmm konfrontiert sind. Damit verbunden sind zahlreiche Schwierigkeiten im Alltag: Was tun, wenn jemand krank wird, der nicht sozialversichert ist? Wann oder wie kann man RMG beantragen? Wie ist der Papierkrieg mit den Behörden zu meistern? "Ich wollte RMG beantragen. Da hieß es, meine Papiere seien nicht vollständig", erzählt Cindy. "Das hat dann ewig gedauert, bis ich die alle zusammen hatte."

Eine Zeitlang lebte Cindy im Foyer Ulysse, dem einzigen Obdachlosenasyl in Luxemburg. Vor allem im Winter ist das Bonneweger Foyer hoffnungslos ausgebucht. Die OrganisatorInnen müssen dann auf der Suche nach Unterkünften kreativ werden: Oft wird ein Hotel- oder Pensionszimmer angemietet. "Das müssen wir dann vom RMG bezahlen", sagt Christophe*, ein anderer Obdachloser aus der Bahnhofsszene. "Eine Bude ohne eigenes Bad und WC kostet schon mal 500 Euro. Und wer kein RMG kriegt oder wer Drogen nimmt, der hat das Nachsehen." Das bedeutet für die Betroffenen, eines der leer stehenden Häuser aufzusuchen, um dort zu übernachten, so wie Cindy und ihr Freund. Doch auch das ist schwieriger geworden, seit in der Hauptstadt vor zwei Jahren damit begonnen wurde, Fenster und Türen der leeren Häuser zuzumauern. "Manche hausen in Höhlen oder Erdlöchern im Grund", sagt Susanne Wahl.

Wahlkampf-Check der Stëmm

Für die Stëmm-Klientel ist es besonders schwer, eine bezahlbare Mietwohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden. Das Angebot ist gering, die Preise sind hoch. Und wer RMG bekommt, dem begegnen die Vermieter mit Misstrauen. Die Initiative "Immo Stëmm" tritt als Mittler zwischen Mieter und Vermieter auf. Sie mietet Wohnungen an und vermietet diese weiter. Und sie garantiert die monatliche Zahlung sowie den einwandfreien Zustand der Wohnung. "Zur-

zeit haben wir neun Wohnungen für zehn Personen", sagt Pierre Peter von der "Immo Stëmm" und fügt hinzu: "Wir wollen das ausdehnen. Aber die Wohnungen sollen nicht mehr als 500 Euro kosten, inklusive Versicherung und anderer Nebenkosten. Da ist es schwer, in Luxemburg etwas zu finden."

"Wir bekommen keine Unterstützung vom Staat und sind deshalb auf Spenden angewiesen", erklärt Pierre Peter. Vor den Wahlen hat die Stëmm von der Strooss die Wahlprogramme der einzelnen Parteien nach den für ihre Klientel relevanten Themen durchgeforstet. Die Wahlprogramme der einzelnen Parteien klingen viel versprechend. Doch außer allgemeinen Forderungen wie der nach bezahlbarem Wohnraum für Familien ist zum Beispiel im LSAP-Programm wenig zu finden. Ähnlich verhält es sich bei den Grünen: Die betonen, dass Wohnen ein Grundbedürfnis des Menschen sei. Bauland soll billiger werden, verspricht die CSV, während Déi Lénk gar Bauland enteignen möchte. "Es muss ein Ruck durch den Wohnungsmarkt gehen", hatte Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Nation vor zwei Jahren erklärt und der Bauspekulation den Krieg erklärt. Die Wohnungsnot ist bis heute geblieben.

Der Arbeitslosigkeit widmen sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen hingegen ausführlicher. "Zielgerechte Maßnahmen zur Wiedereingliederung" und Arbeitszeitverkürzung nennt zum Beispiel die LSAP, während Déi Lénk die Wochenarbeitszeit in zwei Etappen auf 30 Stunden reduzieren möchte und flexible Arbeitszeiten ablehnt. Auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Betriebe mit der Arbeitsmarktverwaltung setzt die CSV. Die Grünen wollen mehr lokale Arbeitsplätze im sozialen Bereich schaffen. Doch wie auch die anderen Parteien bleiben sie unkonkret. Über das RMG findet sich in den Wahlprogrammen wenig. Das Bezugsmindestalter wurde in der vergangenen Legislaturperiode von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt. Die LSAP will das RMG sogar ab 18 Jahren einführen.

"Ich will normal leben. Mit einer Wohnung oder einem Haus. Der Rest geht mir am Arsch vorbei", sagt Christophe. "Die Politiker wollen uns doch am liebsten weghaben. Sie machen nur etwas für die, die schon was haben - und für die Ausländer. Die dürfen bloß nicht wählen", fügt er hinzu und: "Die kriegen sowieso alles, was sie brauchen, die Portugiesen und Neger. Geld vom Staat sollen nur die Luxemburger bekommen." Viele luxemburgischen Obdachlose würden rechts wählen, meint Susanne Wahl. Doch nicht jeder: Punks und andere Jüngere sind eher nach links orientiert. Das ist nichts Neues und auch kein luxemburgischer Sonderfall. Und nicht jeder ist desinteressiert an Politik: "Ich geh' wählen, obwohl es mir nichts bringt", sagt Cindy. "Ich habe so viel mitgemacht, war drogenabhängig, ging auf dem Strich anschaffen. Da hat man doch sich eine Meinung gebildet." Wem sie ihre Stimme gibt, weiß sie nicht so genau. "Eines ist klar: Juncker wähle ich nicht."

*Namen von der Redaktion geändert

Schlagen und Erschlagenwerden

Der Vorwurf war schnell vom Tisch. Bei "Objectif plein emploi" (OPE) gebe es keine Unregelmäßigkeiten, sagten die Verantwortlichen der Beschäftigungsinitiative gegenüber JournalistInnen am Mittwoch. Dies hatten zuerst der "Feierkrop" und dann das Journal behauptet. Beim OPE würden öffentliche Gelder zweckentfremdet, so der Vorwurf. Überhaupt hätte der Untersuchungsbericht der vom Arbeitsministerium beauftragten Unternehmensberatung ergeben, dass die Ergebnisse der Beschäftigungsinitiative mager seien. "Wir können klar belegen, wohin das Geld fließt", wird OPE-Direktor Romain Biever in der Presse zitiert. Der OPE-Vorsitzende John Castegnaro sprach sogar von einer persönlichen Attacke gegen ihn. Der Artikel entbehre jeder Grundlage, sagte der LSAP-Kandidat und berief sich auf die Unterstützung von Premier Juncker für das OPE. Während das "Tageblatt" Castegnaro zur Hilfe eilte ("Nicht so sehr das OPE, sondern der Mann soll getroffen werden"), konterte die Handwerkskammer am Donnerstag auf der Freien Tribüne "Journal" mit dem Vorwurf, OPE und Castegnaro hätten sich nicht auf argumentativer Ebene mit dem Audit der Unternehmensberatung auseinandergesetzt. Stattdessen erschlage man den Überbringer der schlechten Botschaft. Eben beste Wahlkampflogik. Ring frei für die nächste Runde.

Blaues Auge für Luxemburg

Der Krieg der USA gegen den Terror ist nach Ansicht von Amnesty International (ai) der größte Angriff auf Menschenrechte und internationale Vereinbarungen seit einem halben Jahrhundert. Dies geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation hervor. Aber auch in zahlreichen europäischen Ländern liegen laut ai Berichte über Folterungen und Misshandlungen vor. Dass Luxemburg glimpflich davon kommt, kritisierte der Kommentator von RTL Radio und nannte bekannt gewordene Fälle von Menschenrechtsverletzungen hier zu Lande: so zum Beispiel das Polizeiverhalten bei den letztjährigen Antikriegsdemos und bei den Arcelor-Protesten sowie die Abschiebungen von abgelehnten AsylbewerberInnen und die Unterbringung Minderjähriger im Schrassiger Hochsicherheitsgefängnis.

Politik, Wirtschaft, Macht

Spenden, beratende Gespräche und neuerdings auch Kandidaten - die Luxemburger Wirtschaft bietet alles, was Parteien brauchen. Wir beleuchten den Zweck dieser Handreichungen und die Gefahren, die davon ausgehen.

Sport ist (fast) Mord

Seien Sie froh, wenn Sie die woxx diese Woche in der Hand halten. Wir sind es auch. Redakteurin X kämpft seit Tagen mit Heiserkeit. Sie ist beim Kajakfahren ins Wasser geplumst und hat sich die Stimmbänder entzündet. Kurz darauf blieb Redakteurin Y spät abends nach einer Wahlveranstaltung im blau-weißen Stau stehen. Die Porto-Fans hatten die Straßen der Innenstadt mit ihren Freudentänzen besetzt. Kein Durchkommen, auch nicht für die sich rot ärgern-ende Presse. Nach einer Dreiviertelstunde zeigte der Fußballgott doch Erbarmen. Wohlbehalten, wenn auch schlechtgelaunt, kreuzte Y am nächsten Morgen in der Redaktion auf. Als Nächste musste die Layouterin dran glauben. Bei einem ganz alltäglichen Handgriff - Fotos im Archiv ablegen - fiel ihr plötzlich der mordsschwere Aktschrank entgegen. Mit einem kühnen Hechtsprung rettete sich die Arme zur Seite - und somit diese Nummer. Bei so viel Glück im Unglück wünschen wir den woxx-LeserInnen beim Lesen Hals- und Beinbruch!